



Bundeskanzleramt
Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10 557 Berlin

Postfach 2024
D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 499 06-0
Fax: +49 551 580 28
E-Mail: info@gfbv.de
www.gfbv.de

Menschenrechtsorganisation
mit beratendem Status bei den
UN und mitwirkendem Status
beim Europarat

Göttingen, den 27.10.2022

**Offener Brief der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) an Herrn Bundeskanzler
Olaf Scholz vor seiner Reise in die VR China (3. und 4. November 2022)**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wenn Sie Anfang November nach China reisen, tun Sie das nicht nur als deutscher Bundeskanzler und Vertreter der größten Volkswirtschaft innerhalb der EU – Sie werden auch als Repräsentant der westlichen Staaten- und Wertegemeinschaft wahrgenommen. Aus dieser Position werden Sie unter anderem mit Staats- und Parteichef Xi Jinping die aktuellen Herausforderungen besprechen, vor die uns die Politik der VR China derzeit stellt. Dass Sie diese Reise nicht gemeinsam mit anderen EU-Partner*innen machen, sondern lieber mit einer Wirtschaftsdelegation, sendet ein schlechtes Signal: Statt Abstimmung innerhalb der EU setzen Sie auf Abstand. Die chinesische Führung, die seit dem jüngsten Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas nur noch aus Xi-Loyalisten besteht, wird es freuen.

Wenigstens müssen Sie bei Ihrem Besuch eindeutige und öffentliche Signale für Menschenrechte setzen. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos im Mai 2022 mahnten Sie: **„Nicht weg[zu]schauen, wenn Menschenrechte verletzt werden, wie wir es derzeit in Xinjiang sehen können!“** Das sollten Sie genauso in Peking äußern. Die Anhänger der Xi-Jinping-Denkschule, die jetzt unangefochten das Sagen haben, wollen das Aussprechen von Kritik und die Erinnerung an kulturelle und sprachliche Rechte von Nationalitäten bekämpfen. Die einzige mögliche Antwort auf die Radikalisierung der chinesischen Regierung ist das Bekenntnis zur Universalität der Menschenrechte. Es sollte bei jeder Gelegenheit geäußert werden.

Da China im Jahr 2019 erstmals als „Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale“ von der EU definiert wurde, gehen wir fest davon aus, dass es in Ihren Gesprächen nicht nur um die Zukunft der Wirtschaftsbeziehungen zu China gehen wird. Auch den zukünftigen Grad der Kooperation im Bereich der Bildung und Wissenschaft müssen Sie adressieren. Diese Gespräche werden zeigen, inwieweit sich die Pläne der chinesischen Führung mit unseren Werten in Einklang bringen lassen. Die Ergebnisse sollten auch in die angekündigte neue China-Strategie der Bundesregierung einfließen.

Wie Sie wissen, reisen Sie in ein Land, in dem systematische Menschenrechtsverletzungen alltäglich sind und ein Völkermord an den Uigur*innen begangen wird. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat dies im Mai 2021 in einer fundierten Stellungnahme bestätigt. Glaubwürdige Quellen belegen, dass die mehr als eine Million Uiguren, Kasachen und Kirgisen in sogenannten

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE07 2512 0510 0000 5060 70
BIC: BFSWDE33HAN

Geschäftskonto

Sparkasse Göttingen
IBAN: DE65 2605 0001 0000 0019 17
BIC: NOLADE21GOE

Eingetragener Verein

Eingetragen im Vereinsregister
des Amtsgerichts Göttingen
Vereinsregister Nr. 1804



Umerziehungslagern einer modernen Form der Sklaverei ausgesetzt sind. Darüber hinaus werden die Ehefrauen, Schwestern und Mütter der Inhaftierten misshandelt, vergewaltigt und zwangssterilisiert, ihre Kinder in staatliche Internate gesteckt und zwangsassimiliert. Auch die tibetische und mongolische Kultur ist durch die chinesische Regierung stark bedroht. Die Zerstörung von Klöstern und das Zurückdrängen der tibetischen und mongolischen Sprache zeigt die Entschlossenheit der Kommunistischen Partei, zukünftig nur noch die han-chinesische Sprache gelten zu lassen.

Jedoch geht das Regime dieses Landes nicht nur gegen Minderheiten massiv vor: Peking arbeitet seit Jahren systematisch daran, dass Menschen- und Bürgerrechte auf der Ebene der Vereinten Nationen geschwächt werden. In bilateralen Beziehungen sollen sie keine Rolle mehr spielen. Diese gefährlichen Tendenzen sollten Sie während Ihrer Reise ansprechen.

Da sich die zukünftige China-Politik nicht nur an rein wirtschaftlichen Faktoren ausrichten kann, empfehlen wir Ihnen, neben einer Wirtschaftsdelegation auch eine divers aufgestellte Delegation von Menschenrechtler*innen sowie Praktiker*innen aus Wissenschaft und Bildung mit auf Ihre Reise zu nehmen.

Als Menschenrechtsorganisation setzen wir uns weltweit für Minderheiten und bedrohte Völker und Nationalitäten ein. Darum erinnern wir daran, dass es in Ihrer Verantwortung liegt, Ihren Gesprächspartnern mit Nachdruck zu vermitteln: Die Einhaltung und der Schutz der Menschenrechte sind nicht verhandelbare Kriterien der deutschen – und europäischen – Außenbeziehungen.

Systematische Menschenrechtsverletzungen in Tibet, Xinjiang und der Inneren Mongolei, Demokratie- und Freiheitseinschränkungen in Hongkong, sowie die massive Repression aller Menschen in China durch Hightech-Überwachung würden bereits ausreichen, um die Verantwortlichen des Regimes vor ein internationales Gericht zu stellen. Die Stärkung der Menschenrechtsinstrumente der UN, des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und des Internationalen Strafgerichtshofs bleiben somit zentrale Aufgaben der Bundesregierung.

Das Einsetzen der Wirtschaftsmacht als Waffe und die neuesten Drohungen der VR China gegenüber Taiwan geben der Machtdemonstration Xi Jinpings eine neue Qualität. Entsprechend müssen diese Drohgebärden im Sinne des Völkerrechts gegenüber der chinesischen Führung klar adressiert werden.

Herr Bundeskanzler, demonstrieren Sie Deutschlands und Europas Einsatz für Menschenrechte! Kritiklose wirtschaftliche Verflechtungen führen zu einer Abhängigkeit, die das chinesische Regime für seine eigenen Zwecke ausnutzen wird. Bekräftigen Sie den neuen Ansatz der Bundesregierung, Menschenrechtsfragen ins Zentrum der Handelspolitik zu stellen. Signalisieren Sie den Chines*innen, die das KP-Regime ablehnen, und den von diesem Regime verfolgten ethnischen Minderheiten und Nationalitäten, dass die deutsche Bundesregierung und die EU die Unterdrückung nicht dulden und entschuldigen werden.

Geben Sie diesen Menschen Hoffnung!

Wir danken Ihnen im Voraus und grüßen Sie ganz herzlich!



Roman Kühn

Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker(GfbV)

Email: R.Kuehn@gfbv.de

Tel. 015780644052



Jasna Causevic

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Deutschland

Referat Genozid-Prävention und Schutzverantwortung

Email: j.causevic@gfbv.de

Tel.015156086370